

1 oktober 1959

U 10795/59 - C 46 - P4/PS9.

PA-9793/17

GEHEIM

Land: Midden-, Oost-Europa.
Onderwerp: Eine neue Fassung des RAPACKI-Planes.

Referenties:

Datum van
waarneming: Tweede helft september 1959.

Bron: Betrouwbaar.

Opmerkingen:

Verzonden aan: de Minister van Buitenlandse Zaken.

Aan Zijne Excellentie Prof. Dr. J.E. de QUAY
Minister-President

Plein 1813 no. 4

's-GRAVENHAGE.

Mitteleuropa

GEHEIMEINE NEUE FASSUNG DES RAPACKI-PLANES

Aus der Unterredung des polnischen Aussenministers A. RAPACKI mit seinem österreichischen Kollegen KREISKY, die am 28.7.59 in Wien stattgefunden hat, wurden zwei Themen, ein politisches und ein ideologisches Thema, zum RAPACKI-Plan bekannt.

I.

Auch die neue Fassung des RAPACKI-Planes, den der polnische Aussenminister u.a. in diesen Tagen vor der UNO selbst vorbringen wird, geht von der Schaffung einer Atomfreien-Zone (und einer entmilitarisierten Zone) in Mitteleuropa aus. Diese Zone umfasst zunächst West- und Ostdeutschland, Polen und die Tschechoslowakei. In ihr soll die Lagerung von Atombomben, Atomsprengköpfen für Raketen und jede Art von Atomwaffen, auch für den taktischen Gebrauch, verboten werden.

Ferner wird angestrebt, dass in dieser mitteleuropäischen Zone jede Art von konventionellen Angriffswaffen abgeschafft wird. Darüber hinaus sollen später auch die Streitkräfte der erwähnten Länder auf das Mindestmass reduziert werden.

Die Grossmächte, vor allem die USA und die Sowjetunion, sollen die Abmachungen dieser Länder garantieren und sie durch besondere Verträge mit ihnen sicherstellen.

RAPACKI deutete an, dass er unter Umständen bereit wäre die Kontrolle für die atomfreie Zone in Mitteleuropa der UNO bzw. einigen europäischen Staaten zu übertragen. Die letztgenannten Staaten dürfen jedoch keinem politischen Block angehören.

RAPACKI regte ferner an, dass die Kernländer des RAPACKI-Planes, also die GSR, Polen, Ost- und West-

deutschland, darüber hinaus Beistand- bzw. Nicht-angriffsverträge mit ihren Nachbarländern, die vom RAPACKI-Plan nicht erfasst worden sind, abschliessen sollen. Diese Verträge sollen ohne Rücksicht auf die weltanschauliche und politische Ausrichtung der Nachbarstaaten abgeschlossen werden und wenn es geht, durch Arbeit an gemeinsamen wirtschaftlichen Projekten, vertieft werden.

Dadurch soll eine umfassende Verzahnung der Interessen erreicht werden, die einem Land in Europa schon aus Rücksicht auf die eingegangenen Verträge mit den anderen Staaten die Führung des Krieges unmöglich machen müsste.

RAPACKI meinte ferner, dass die grosse politische Blockbildung, die zur Zeit in Europa existiert, nur in seltensten Fällen den nationalen Interessen eines Staates Rechnung trägt, kann so im Laufe der Zeit zugunsten von kleineren Interessengruppen aufgelöst werden. Diese kleineren Interessengruppen, den wiederum alle Staaten ohne Unterschied auf ihre politische und ideologische Ausrichtung angehören können, würden zunächst drei Gebiete umfassen:

- 1) Die Ostsee - Gruppe;
- 2) Die Mittel-Europa-Gruppe;
- 3) Die Balkan - Gruppe.

II.

RAPACKI glaubt fest daran, dass die Sozialisten in Zukunft in stärkerer Masse als bisher an den westeuropäischen Regierungen beteiligt sein werden. So wird es nach seiner Meinung im Laufe der Zeit möglich sein, zusätzlich zum RAPACKI-Plan oder gar als Ersatz für ihn, mitten in Europa ein durch Sozialisten kontrollierbares Atomfreies Gebiet zu errichten. Das Gebiet würde diejeni-

ge Länder umfassen, die von den Sozialisten heute regiert wird. Die übrigen sozialistischen Parteien müssten dann die Ablehnung der Atomwaffen in ihr Programm aufnehmen, damit würden sie, gestützt auf die Gegenatom-Politik der regierenden sozialistischen Parteien in Europa, einen starken Druck auf die Regierungsparteien ihrer Länder ausüben können.

Was von RAPACKI hier angestrebt wird, ist nämlich die Schaffung einer Art internationalen sozialistischen Bewegung gegen die Atombombe und gegen die Aufrüstung.

KREISKY hat RAPACKI darauf hingewiesen, dass sich kaum eine sozialistische Partei in Europa finden wird, die bereit wäre die kommunistische Parteien des Ostens als sozialistische Parteien anzuerkennen.

RAPACKI erwiderte darauf: "Wir haben keine ideologische Verschmelzung vor, sondern eine wirksame Aktion gegen die eventuellen Kriegsmöglichkeiten. Im Zusammenhang damit brachte RAPACKI unmissverständlich zum Ausdruck, dass die frühere polnische sozialistische Partei (PPS), der er und der heutige Minister-präsident CYRANKIEWICZ seinerzeit angehört haben, heute noch einen sehr grossen Einfluss auf die Gestaltung der Parteipolitik der polnischen kommunistischen Partei (PZPR) habe. RAPACKI meinte, dass dieser Einfluss der früheren PPS sich auf die Parteipolitik der PZPR in dem Masse verstärken würde, wie es den Polen gelingt, den Westen für den RAPACKI-Plan zu gewinnen. Die Verbesserung des Lebensstandards in den kommunistischen Ländern nimmt zu und mit der Steigerung des Wohlstandes werden auch die ideologischen Gegensätze zwischen den Kommunisten und Sozialisten fallen, weil dann sich der Kommunismus leisten kann, auf einige im Westen unliebsame Massnahmen zu verzichten - dies war die abschliessende Meinung des polnischen Aussenministers RAPACKI.